



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Andreas Winhart, Ulrich Singer,
Gerd Mannes AfD**
vom 29.08.2024

Abschiebehürden, mit denen die Staatsregierung in der Praxis konfrontiert ist

Aktuellen Presseberichten kann man entnehmen, dass es mit den Zielländern von Abschiebungen Vereinbarungen gibt, wie diese auszugestalten seien: vgl. www.bild.de¹.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Modalitäten bzw. Vereinbarungen zur Durchführung von Abschiebungen in EU-Länder 4
 - 1.1 Mit welchen EU-Ländern bestehen Vereinbarungen über Modalitäten zu Abschiebungen, an die die Staatsregierung gebunden ist oder sich gebunden fühlt (bitte für jedes EU-Land lückenlos – vorzugsweise tabellarisch – aufschlüsseln, ob derartige Modalitäten bestehen)? 4
 - 1.2 Welche Modalitäten, z. B. Abschiebung nur zu gewissen Uhrzeiten und/oder mit vordefinierten Transportmitteln und/oder an vordefinierten Empfangsstellen und/oder mit vordefinierten Dokumenten etc., und/oder aktuell bestehende Überlastungsanzeigen wurden mit jedem der in Frage 1.1 abgefragten Länder vereinbart oder abgesprochen etc. (bitte jede der vereinbarten Auflagen – vorzugsweise tabellarisch – lückenlos offenlegen)? 4
 - 1.3 Welche Stelle hat jede der in Frage 1.1 abgefragten Modalitäten ausgehandelt und verbindlich vereinbart? 4
2. Modalitäten bzw. Vereinbarungen zur Durchführung von Abschiebungen in europäische Nicht-EU-Länder 4
 - 2.1 Mit welchen europäischen Nicht-EU-Ländern bestehen Vereinbarungen über Modalitäten zu Abschiebungen, an die die Staatsregierung gebunden ist oder sich gebunden fühlt (bitte für jedes europäische Nicht-EU-Land, z. B. Schweiz, Albanien, Norwegen, Großbritannien, Ukraine, Weißrussland, Russland, Balkanstaaten, Türkei etc., lückenlos – vorzugsweise tabellarisch – aufschlüsseln, ob derartige Modalitäten bestehen)? 4

1 <https://www.bild.de/politik/inland/solingen-abschiebe-irrsinn-so-tanzen-uns-eu-laender-auf-der-nase-herum-66cee917e5dbb26b2dcec75b>

2.2	Welche Modalitäten, z. B. Abschiebung nur zu gewissen Uhrzeiten und/oder mit vordefinierten Transportmitteln und/oder an vordefinierten Empfangsstellen und/oder mit vordefinierten Dokumenten etc., und/oder aktuell bestehende Überlastungsanzeigen wurden mit jedem der in Frage 2.1 abgefragten Länder vereinbart oder abgesprochen etc. (bitte jede der vereinbarten Auflagen – vorzugsweise tabellarisch – lückenlos offenlegen)?	4
2.3	Welche Stelle hat jede der in Frage 2.1 abgefragten Modalitäten ausgehandelt und verbindlich vereinbart?	4
3.	Modalitäten bzw. Vereinbarungen zur Durchführung von Abschiebungen in die Mittelmeeranrainerstaaten Nordafrikas	5
3.1	Mit welchen Mittelmeeranrainerstaaten Nordafrikas bestehen Vereinbarungen über Modalitäten zu Abschiebungen, an die die Staatsregierung gebunden ist oder sich gebunden fühlt (bitte für jeden Mittelmeeranrainerstaat Nordafrikas lückenlos – vorzugsweise tabellarisch – aufschlüsseln, ob derartige Modalitäten bestehen)?	5
3.2	Welche Modalitäten, z. B. Abschiebung nur zu gewissen Uhrzeiten und/oder mit vordefinierten Transportmitteln und/oder an vordefinierten Empfangsstellen und/oder mit vordefinierten Dokumenten etc., und/oder aktuell bestehende Überlastungsanzeigen wurden mit jedem der in Frage 3.1 abgefragten Länder vereinbart oder abgesprochen etc. (bitte jede der vereinbarten Auflagen – vorzugsweise tabellarisch – lückenlos offenlegen)?	5
3.3	Welche Stelle hat jede der in Frage 3.1 abgefragten Modalitäten ausgehandelt und verbindlich vereinbart?	5
4.	Der Beitrag der Staatsregierung	5
4.1	Auf der Basis welcher Rechtsgrundlagen wurden die in Fragen 1.1 bis 3.3 abgefragten Vereinbarungen geschlossen (bitte alle einschlägigen Paragrafenketten, beginnend beim EU-Recht, offenlegen)?	5
4.2	Welche der in Frage 4.1 abgefragten Rechtsgrundlagen wurden in den Bundesrat eingebracht (bitte Aktenzeichen offenlegen)?	5
4.3	Hat die Staatsregierung an den in Fragen 1.1 bis 4.1 abgefragten Vereinbarungen z. B. im Bundesrat mitgewirkt (bitte das Stimmverhalten der Staatsregierung bei der Abstimmung über die betreffenden Rechtsgrundlagen im Bundesrat offenlegen)?	5
5.	Initiativen der Staatsregierung	6
5.1	Welche Initiativen hat die Staatsregierung seit Amtsantritt von Ministerpräsident Dr. Markus Söder z. B. im Bundesrat ergriffen oder unterstützt, die einen Abbau der in Fragen 1.1 bis 4.3 abgefragten Hürden zum Gegenstand hat (bitte lückenlos offenlegen)?	6

5.2	Welche Initiativen plant die Staatsregierung in Zukunft z. B. im Bundesrat zu ergreifen oder zu unterstützen, die einen Abbau der in Fragen 1.1 bis 4.3 abgefragten Hürden zum Gegenstand haben (bitte lückenlos offenlegen)?	6
	Hinweise des Landtagsamts	7

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration
vom 01.10.2024

1. **Modalitäten bzw. Vereinbarungen zur Durchführung von Abschiebungen in EU-Länder**
 - 1.1 **Mit welchen EU-Ländern bestehen Vereinbarungen über Modalitäten zu Abschiebungen, an die die Staatsregierung gebunden ist oder sich gebunden fühlt (bitte für jedes EU-Land lückenlos – vorzugsweise tabellarisch – aufschlüsseln, ob derartige Modalitäten bestehen)?**
 - 1.2 **Welche Modalitäten, z. B. Abschiebung nur zu gewissen Uhrzeiten und/oder mit vordefinierten Transportmitteln und/oder an vordefinierten Empfangsstellen und/oder mit vordefinierten Dokumenten etc., und/oder aktuell bestehende Überlastungsanzeigen wurden mit jedem der in Frage 1.1 abgefragten Länder vereinbart oder abgesprochen etc. (bitte jede der vereinbarten Auflagen – vorzugsweise tabellarisch – lückenlos offenlegen)?**
 - 1.3 **Welche Stelle hat jede der in Frage 1.1 abgefragten Modalitäten ausgehandelt und verbindlich vereinbart?**
2. **Modalitäten bzw. Vereinbarungen zur Durchführung von Abschiebungen in europäische Nicht-EU-Länder**
 - 2.1 **Mit welchen europäischen Nicht-EU-Ländern bestehen Vereinbarungen über Modalitäten zu Abschiebungen, an die die Staatsregierung gebunden ist oder sich gebunden fühlt (bitte für jedes europäische Nicht-EU-Land, z. B. Schweiz, Albanien, Norwegen, Großbritannien, Ukraine, Weißrussland, Russland, Balkanstaaten, Türkei etc., lückenlos – vorzugsweise tabellarisch – aufschlüsseln, ob derartige Modalitäten bestehen)?**
 - 2.2 **Welche Modalitäten, z. B. Abschiebung nur zu gewissen Uhrzeiten und/oder mit vordefinierten Transportmitteln und/oder an vordefinierten Empfangsstellen und/oder mit vordefinierten Dokumenten etc., und/oder aktuell bestehende Überlastungsanzeigen wurden mit jedem der in Frage 2.1 abgefragten Länder vereinbart oder abgesprochen etc. (bitte jede der vereinbarten Auflagen – vorzugsweise tabellarisch – lückenlos offenlegen)?**
 - 2.3 **Welche Stelle hat jede der in Frage 2.1 abgefragten Modalitäten ausgehandelt und verbindlich vereinbart?**

- 3. Modalitäten bzw. Vereinbarungen zur Durchführung von Abschiebungen in die Mittelmeeranrainerstaaten Nordafrikas**
 - 3.1 Mit welchen Mittelmeeranrainerstaaten Nordafrikas bestehen Vereinbarungen über Modalitäten zu Abschiebungen, an die die Staatsregierung gebunden ist oder sich gebunden fühlt (bitte für jeden Mittelmeeranrainerstaat Nordafrikas lückenlos – vorzugsweise tabellarisch – aufschlüsseln, ob derartige Modalitäten bestehen)?**
 - 3.2 Welche Modalitäten, z. B. Abschiebung nur zu gewissen Uhrzeiten und/oder mit vordefinierten Transportmitteln und/oder an vordefinierten Empfangsstellen und/oder mit vordefinierten Dokumenten etc., und/oder aktuell bestehende Überlastungsanzeigen wurden mit jedem der in Frage 3.1 abgefragten Länder vereinbart oder abgesprochen etc. (bitte jede der vereinbarten Auflagen – vorzugsweise tabellarisch – lückenlos offenlegen)?**
 - 3.3 Welche Stelle hat jede der in Frage 3.1 abgefragten Modalitäten ausgehandelt und verbindlich vereinbart?**
- 4. Der Beitrag der Staatsregierung**
 - 4.1 Auf der Basis welcher Rechtsgrundlagen wurden die in Fragen 1.1 bis 3.3 abgefragten Vereinbarungen geschlossen (bitte alle einschlägigen Paragrafenketten, beginnend beim EU-Recht, offenlegen)?**
 - 4.2 Welche der in Frage 4.1 abgefragten Rechtsgrundlagen wurden in den Bundesrat eingebracht (bitte Aktenzeichen offenlegen)?**
 - 4.3 Hat die Staatsregierung an den in Fragen 1.1 bis 4.1 abgefragten Vereinbarungen z. B. im Bundesrat mitgewirkt (bitte das Stimmverhalten der Staatsregierung bei der Abstimmung über die betreffenden Rechtsgrundlagen im Bundesrat offenlegen)?**

Die Fragen 1.1 bis 4.3 werden aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit mehreren Ländern Rückübernahmeabkommen geschlossen. Diesbezüglich wird auf das Dokument „Abkommen zur Erleichterung der Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer Stand Januar 2024“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat verwiesen, welches unter folgendem Link für jedermann frei zugänglich zum Download verfügbar ist: www.bmi.bund.de¹.

Rückübernahmeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit den Herkunftsländern müssen nach der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung im föderalen Staat von der Bundesregierung verhandelt und geschlossen werden. Diese ist für die auswärtigen Angelegenheiten zuständig. Gleiches gilt für die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Abkommen auch konsequent eingehalten werden. Neben bilateralen Rück-

¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/rueckkehrfluechtlinge.pdf>

übernahmeabkommen der Bundesrepublik Deutschland bestehen auch Rückübernahmeabkommen der Europäischen Union (EU) mit einigen Herkunftsländern. Diese können ebenfalls dem Dokument „Abkommen zur Erleichterung der Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer Stand Januar 2024“ entnommen werden. Mit den bilateralen Rückübernahmeabkommen der Bundesrepublik sowie den Rückübernahmeabkommen der EU werden die Rahmenbedingungen für die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern, die das Bundesgebiet entgegen ihrer Ausreisepflicht nicht freiwillig verlassen, geschaffen.

5. Initiativen der Staatsregierung

5.1 Welche Initiativen hat die Staatsregierung seit Amtsantritt von Ministerpräsident Dr. Markus Söder z. B. im Bundesrat ergriffen oder unterstützt, die einen Abbau der in Fragen 1.1 bis 4.3 abgefragten Hürden zum Gegenstand hat (bitte lückenlos offenlegen)?

5.2 Welche Initiativen plant die Staatsregierung in Zukunft z. B. im Bundesrat zu ergreifen oder zu unterstützen, die einen Abbau der in Fragen 1.1 bis 4.3 abgefragten Hürden zum Gegenstand haben (bitte lückenlos offenlegen)?

Aufgrund der oben dargestellten verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung im föderalen Staat ist ein Tätigwerden des Bundes für die Beseitigung von herkunfts- bzw. zielstaatsbezogenen Hürden im Bereich Rückführungen erforderlich. Nur dieser kann sich im bilateralen Dialog mit den Herkunftsländern oder auf Ebene der EU dafür einsetzen, rückkehrpolitisch besonders unkooperative Herkunftsländer zur Rücknahme eigener Staatsangehöriger zu bewegen. Die Staatsregierung hat daher in der Vergangenheit bereits mehrfach von der Bundesregierung gefordert, ihren Ankündigungen einer Rückführungsoffensive Taten folgen zu lassen, und tut dies weiterhin regelmäßig.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.